

WACHSENDE WIRTSCHAFTLICHE UNGLEICHVERTEILUNG UND BESTEUERUNG

EINE HERAUSFORDERUNG FÜR EUROPA UND DIE WELT

Konzertierte Aktion 2016 von Justitia et Pax Europa

1) Die Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft hat weltweit zu einer wachsenden Ungleichverteilung der Einkünfte und des Vermögens geführt. In hoch industrialisierten Wirtschaften wie in der Europäischen Union zeigt sich das an bestimmten Merkmalen: die Mittelschicht wird in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich schrumpfen, die niedrigeren Einkommensgruppen werden sich eher nicht verändern und die Reichen, vor allem die sehr Reichen, machen enorme Gewinne. Der exzessive, unhaltbare Lebensstil einer winzigen Minderheit steht in starkem Widerspruch zu den Bedürfnissen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Die wachsende Armut und die übermäßige Konzentration von Reichtum sind ethisch nicht vertretbar und stellen eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Ordnung dar. Die Notwendigkeit der Integration sehr vieler Migranten ist eine weitere Herausforderung. Für einen Kurswechsel bedarf es besserer Bestimmungen und Regelungen im Sinne einer großzügigen und universalen Solidarität. Ebenso wichtig ist deren Durchsetzung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Ein Schlüssel dafür ist eine gerechtere Besteuerung multinationaler Unternehmen, des Finanzsektors und der Superreichen. In ihrer jährlichen Konzertierte Aktion für das Jahr 2016 wird die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen (*Justitia und Pax Europa*) ihr besonderes Augenmerk auf mehr Steuergerechtigkeit als ethisches Erfordernis unserer Zeit richten.

2) In seinem apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium* (2013) bezeichnet Papst Franziskus die Ungleichverteilung als *“die Wurzel der sozialen Übel”* (EG 202). Das Problem der Ungleichverteilung betrifft nicht nur die europäischen Gesellschaften, sondern ist ein ernstes globales Problem, wie der Papst in seiner Enzyklika *Laudato Si’* deutlich macht. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt die Hälfte des weltweiten Vermögens und achtzig Personen besitzen derzeit genauso viel wie die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung (3,6 Milliarden Menschen). In Europa besitzen die reichsten sieben Millionen Europäer genauso viel wie die restlichen 662 Million Menschen (nicht EU-Länder eingeschlossen). Eine Wirtschaft, die nicht für die Bedürftigsten sorgt und sie ausschließt ist das Ergebnis von Gleichgültigkeit und fehlender Barmherzigkeit. Auf lange Sicht ist sie auch ungerecht und unhaltbar. Daher ist politisches Handeln gefragt. *“Das Wachstum in Gerechtigkeit erfordert etwas, das mehr ist als Wirtschaftswachstum, auch wenn es dieses voraussetzt; es verlangt Entscheidungen, Programme, Mechanismen und Prozesse, die ganz spezifisch ausgerichtet sind auf eine bessere Verteilung der Einkünfte, auf die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und auf eine ganzheitliche Förderung der Armen, die mehr ist als das bloße Sozialhilfesystem”*.¹

Das erfordert ein neues Verantwortungsbewusstsein seitens der Finanz- und Wirtschaftseliten sowie effektivere Bestimmungen und Regelungen. Was Letzteres betrifft, kann und sollte die Europäische Union jedoch die Vorreiterrolle übernehmen, weil wachsende Ungleichverteilung der Einkünfte und weniger soziale Gerechtigkeit in Europa nicht unvermeidlich sind.

¹ Papst Franziskus, *Evangelii Gaudium*, 204.

Der Lauf der Dinge kann durch politische und wirtschaftliche Entscheidungen geändert werden. Politische Maßnahmen können soziale Ungerechtigkeit verringern und mehr soziale Sicherheit schaffen, und damit den sozialen Zusammenhalt in und unter den europäischen Gesellschaften stärken.

Unter anderem sind steuerliche Maßnahmen und eine Umverteilung über die Besteuerung bewährte Instrumente zur Verringerung der Ungleichverteilung. Aus diesem Grund und angesichts der derzeit gegebenen politischen Möglichkeiten hat *Justitia et Pax* Europa beschlossen, die "wachsende wirtschaftliche Ungleichverteilung und Besteuerung" in den Mittelpunkt ihrer Konzertierte Aktion 2016 zu stellen.

3) Internationale Organisationen wie die OECD spielen eine wichtige Rolle bei der Koordination von Maßnahmen für mehr steuerliche Transparenz. Das von der OECD gesponserte Globale Forum von 130 Ländern für Transparenz und Informationsaustausch ist ein positiver Schritt im Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen. 96 Mitglieder des Forums haben sich verpflichtet, bis spätestens 2018 automatisch Informationen über Finanzkonten von Gebietsfremden auszutauschen. Darüber hinaus hat die OECD ein Paket zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung - *Base Erosion and Profit Shifting* (BEPS) bestehend aus fünfzehn verschiedenen Maßnahmen erarbeitet, das im Herbst 2015 von der OECD und der G20 angenommen wurde. Dieses Paket geht das Problem eines unzulänglichen internationalen Steuersystems an, das multinationalen Unternehmen ermöglicht, Unternehmensgewinne künstlich zu verlagern und damit ihre Steuerlast erheblich zu verringern. Die Einnahmen aus Körperschaftssteuern gingen in den OECD Ländern von 3,6% des BIP im Jahr 2007 auf 2,8% im Jahr 2014 zurück. Im gleichen Zeitraum sind die Einnahmen aus Einkommens- und Mehrwertsteuer gestiegen. Hierbei sollen nicht per se die Kompetenzen nationaler Regierungen bestritten werden, Steuerbemessungsgrundlagen zu definieren und Steuersätze festzulegen. Nachdem jedoch Ende 2014 Steuervorbescheide bekannt wurden, in denen Staaten multinationalen Firmen Steuerprivilegien einräumen, ist die Zusammenarbeit in Europa intensiver geworden. Europäische Einrichtungen, deren Zuständigkeit in Steuerangelegenheiten begrenzt bleibt, verstärkten ihre Bemühungen um eine faire und effektive Besteuerung von Unternehmensgewinnen dort, wo sie generiert werden. Ebenso ist das Abkommen von Mai 2015 zwischen der EU und der Schweiz zu begrüßen, das einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten der jeweiligen Einwohner ermöglicht.

Zur Unterstützung des derzeitigen politischen Vorstoßes für ein gerechteres Steuersystem werden europäische *Justitia et Pax* Kommissionen mehrfach

- kontrollieren, inwieweit sich ihre jeweilige Regierung im BEPS Projekt engagiert
- dafür eintreten, dass eine EU Richtlinie über den automatischen Austausch von Steuervorbescheiden bis 1. Januar 2017 entsprechend in nationales Recht umgesetzt wird
- einen neuen Vorstoß der Europäischen Kommission zur Harmonisierung der Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlagen, wie er Anfang 2016 vorgelegt wurde, aktiv unterstützen
- ihre Länder auf das nächste Treffen des Global Forum für Transparenz und Informationsaustausch im Oktober-November 2016 aufmerksam machen, damit Steuerschlupflöcher weltweit geschlossen werden
- Kontakt zu Mitgliedern des Sonderausschusses TAXE 2 des Europaparlaments aufnehmen, um ihre Unterstützung für deren Arbeit in den Bereichen staatliche Beihilfen und Besteuerung und die Einhaltung von Steuergesetzen durch die Mitgliedsstaaten zum Ausdruck zu bringen.

Brüssel im Januar 2016

Weitere Informationen:

E-mail: office@iupax.at
Homepage: www.iupax.at

Zu der Konferenz Europäischer Justitia et Pax-Kommissionen (Conference of European Justice and Peace Commissions CEJPC) gehören derzeit 31 nationale Justitia et Pax-Kommissionen. Jede wurde von der jeweiligen katholischen Bischofskonferenz des Landes eingerichtet bzw. anerkannt. Das Sekretariat der CEJPC befindet sich gegenwärtig in Brüssel. <http://www.juspax-eu.org>

